

Nach Abschluss der Debatte beschließt der Rat gemäß § 5 Absatz 10 Buchstabe b) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen folgende Resolution, die zur weiteren Behandlung an die Verwaltung überwiesen wird:

„Annullierung der Wahl in Istanbul – Sorge um den Zustand der Demokratie in unserer Partnerstadt“

Die Aktuelle Stunde wird mit folgender Entschließung abgeschlossen:

Am 6. Mai wurde die Bürgermeisterwahl in Istanbul annulliert und eine Wiederholung für den 23. Juni angeordnet. Der Kandidat der größten Oppositionspartei CHP, Ekrem Imamoglu, hatte die Wahl vom 31. März 2019 knapp vor Ex-Ministerpräsident Binali Yildirim gewonnen. Nach der Entscheidung der Wahlkommission wurde Imamoglu das Mandat wieder aberkannt.

Der Rat der Stadt Köln stellt fest, dass diese Vorgänge erneut Anlass zur Sorge um den Zustand der Demokratie in der Türkei und insbesondere in unserer Partnerstadt Istanbul bieten. Der Rat erklärt darüber hinaus, dass er die Entscheidung zur Annullierung überaus kritisch bewertet, da sie einen eklatanten Verstoß gegen demokratische Rechte darstellt. Die Einhaltung demokratischer Grundprinzipien mit transparenten Wahlbedingungen hat für uns höchste Priorität. An der Entscheidung ist insbesondere auch zu kritisieren, dass es türkische Behörden auch nach internationalen Aufforderungen unter anderem von EU-Chefdiplomatin Federica Mogherini und EU-Nachbarschaftskommissar Johannes Hahn – nicht für notwendig erachtet haben, die Begründung für eine Annullierung einer öffentlichen Untersuchung zugänglich zu machen. Der Europarat hatte zur Wahl am 31. März 2019 eine Beobachterdelegation geschickt. Angesichts der konflikträchtigen Lage begrüßen wir die Verlängerung des Mandats der Wahlbeobachter.

Der Rat der Stadt Köln kritisiert darüber hinaus das verstärkte Vorgehen der türkischen Behörden gegen Kritiker und Kritikerinnen aus der Kunst-, Medien-, und Kulturszene. Diese Intransparenz und Repression schaden einer Demokratie in erheblichem Maße. Das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler wird dadurch massiv erschüttert. Daher fordert der Rat der Stadt Köln die türkischen Behörden auf, die Annullierungs-Entscheidung zurückzunehmen. Jede Wahl – auch in unserer Partnerstadt Istanbul – sollte entsprechend der demokratischen Grundsätze als freie, gleiche und geheime Wahl fair und transparent durchgeführt werden. Dazu gehört es auch, nach diesen Prinzipien mehrheitlich gewählte Vertreter als Wahlgewinner anzuerkennen.

Die Türkei ist Mitglied des Europarates und muss sich an die geltenden europäischen Verträge halten. Wir, die im Kölner Rat vertretenden demokratischen Parteien, fordern deshalb die Einhaltung der Europäischen Menschenrechtskonvention durch die Türkei,

insbesondere des Artikels 5 (Recht auf Freiheit und Sicherheit). Wir erinnern an die im September 2018 vom Rat der Stadt Köln einstimmig verabschiedete Resolution „Menschenrechte sind unteilbar“ und halten die Forderung der Stadt Köln aufrecht, die Kölnerin Hozan Cane freizulassen und die Ausreise von Adil Demirci endlich zu ermöglichen.

Der Rat der Stadt Köln bekräftigt seinen Beschluss „Solidarität mit den Demokraten in der Türkei vom 18. 5. 2017, den alle demokratischen Fraktionen und Gruppen gemeinsam gefasst haben: „Als Kommunalpolitiker einer Partnerstadt Istanbuls sehen wir es als unsere Aufgabe an, nach Wegen der Verständigung und nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu suchen. Das ist auch im Hinblick auf die große Gruppe der türkisch- bzw. türkisch-kurdischstämmigen Kölnerinnen und Kölner wichtig. Das Vorgehen der türkischen Regierung gegen gewählte Kommunalpolitiker, Journalisten, Wissenschaftler und Beamte verhindert einen offenen Dialog und ein Ende der Konfrontation zwischen den verschiedenen Gruppen der türkischen Gesellschaft. In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf die Erklärung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden Europas (RGRE) zur Situation in der Türkei vom 27.04.2017, die der Rat der Stadt Köln unterstützt. Darin heißt es u.a.: „Die deutsche Sektion des RGRE stellt fest, dass vor dem Hintergrund zahlreicher Verhaftungen von Kommunalpolitikern und Kommunalpolitikerinnen sowie der Amtsenthebungen von Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen die kommunale Demokratie und die kommunale Selbstverwaltung Schaden genommen haben. Sie erklärt ihre volle Solidarität mit diesen verhafteten oder amtsenthobenen Kommunalpolitikern und Kommunalpolitikerinnen.“

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich heute ein weiteres Mal solidarisch mit Kommunalpolitiker*innen, mit Journalist*innen, Friedensaktivist*innen und all den Menschen in der Türkei, insbesondere in unserer Partnerstadt Istanbul, die sich für die Verteidigung der Demokratie, freier Wahlen, Pressefreiheit und Menschenrechte einsetzen.

Er bekundet seine uneingeschränkte Solidarität mit den Menschen, die sich in der Metropole am Bosphorus zu demokratischen Werten bekennen. Der Rat erklärt, dass wir als Partnerstadt, als Stadt, in der viele Menschen aus der Türkei ihre Heimat gefunden haben, und als Demokraten eng an der Seite unserer Freunde in Istanbul stehen und möchte mit dieser Resolution den demokratischen Kräften in Istanbul den Rücken stärken. Wir brauchen den partnerschaftlichen Dialog mit der Türkei, den Menschen, sozialen Initiativen und Verbänden. Die Partnerschaft mit den demokratischen Kräften in der Türkei und Istanbul ist heute wichtiger denn je.

gez. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin

gez. Niklas Kienitz
CDU- Fraktionsgeschäftsführer

gez. Lino Hammer
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Michael Weisenstein
DieLinke-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Ulrich Breite
FDP-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Thor Zimmermann
Ratsgruppe GUT

gez. Thomas Hegenbarth
Ratsgruppe BUNT